

Frankfurter Rundschau v. 05.10.2005, S.11, Ausgabe: S Stadt / WIR Wirtschaft

IG Metall will AEG-Werk blockieren Gewerkschaft und Belegschaft rufen im Kampf um Erhalt der Nürnberger Fabrik zu ganztägiger Protestaktion auf

**Belegschaft und IG Metall wollen das
von der Schließung bedrohte AEG-Werk in
Nürnberg mit einer Protestaktion für einen Tag stilllegen. Einschließlich der Jobs bei
Zulieferern gelten 3500 Stellen als gefährdet.**

Nürnberg · Im Ringen um den Erhalt des Nürnberger AEG-Hausgerätewerks, in dem Waschmaschinen, Trockner und Geschirrspüler gebaut werden, wird mit härteren Bandagen gekämpft. Für den heutigen Mittwoch rufen Betriebsrat und IG Metall zu einer Protestkundgebung auf, die das AEG-Stammwerk für 24 Stunden lahm legen soll. "Die Lage spitzt sich dramatisch zu", begründete Nürnbergs IG-Metall-Vize Jürgen Wechsler, der für die Gewerkschaft im AEG-Aufsichtsrat sitzt, die verschärft Gangart. Er befürchtet, dass Hardliner im Management der schwedischen AEG-Mutter Electrolux das Werk trotz Sparofferten der 1750 Beschäftigten auf alle Fälle schließen wollen.

"Wir sind nicht gewillt, kampflos unseren Arbeitsplatz zu räumen", warnte für diesen Fall AEG-Betriebsrat Heinrich Drechsler. Die Belegschaft habe mit dem jüngsten Angebot einer jährlichen Kostensenkung von 15 Millionen Euro etwa durch Mehrarbeit ohne Lohnausgleich gute Argumente für Nürnberg geliefert. Nun müsse Electrolux reagieren. Noch gebe es Hoffnung.

Electrolux soll Standort garantieren

Mit der Kostenreduzierung spielte Drechsler auf ein Gutachten des Saarbrücker Info-Instituts an, das dem 90 Jahre alten Traditionswerk eine Chance gibt, falls die Belegschaft zu finanziellen Zugeständnissen bereit ist. Parallel dazu nötig seien seitens Electrolux Investitionen für die Modernisierung und eine Wachstumsstrategie für die Marke AEG. Die Schweden haben zugesagt, das Gutachten zu prüfen und für einen Entscheid auf die Electrolux-Aufsichtsratssitzung am 24. Oktober verwiesen.

Betriebsrat und IG Metall wollen Electrolux indes zu einer Standortgarantie bis Ende 2010 bewegen. Der eintägige Protest, der offiziell noch kein Streik ist, solle zeigen, dass die Betroffenen notfalls auch zu einem formellen Arbeitskampf bereit seien, sagte Bayerns IG-Metall-Chef Werner Neugebauer. Er rügte, dass Electrolux die beklagten Überkapazitäten der Branche mit überdimensionierten neuen Werken in Osteuropa selbst geschaffen habe. "Man überfrisst sich und spuckt den Standort Nürnberg aus." Falls Electrolux nicht verhandelt, sondern das Nürnberger Werk schließt, könne es dort über Tage und Wochen hinweg Streiks geben, warnte Neugebauers Kollege Wechsler. Der Protest sei nur ein Vorgeschmack und für Electrolux eine Gelegenheit zum Umdenken. "Wir können die Auseinandersetzung weiter steigern und zu einer Tarifangelegenheit machen."

Neben Kampfbereitschaft ist in Nürnberg aber auch Skepsis weit verbreitet. So habe Electrolux in der AEG-Entwicklung wichtige Investitionen auf Eis gelegt, was eine Vorentscheidung gegen Nürnberg signalisiere, sagten Gewerkschafter. Auch der Nürnberger SPD-Oberbürgermeister Ulrich Maly sieht die Chancen für eine Rettung des Werks nur noch bei 40 Prozent, obwohl Electrolux neben dem Sparangebot der Belegschaft mittlerweile auch Offerten von Bund, Land und Stadt vorlägen. Geht die Konzernspitze auf dieses Entgegenkommen nicht ein, sei fraglich, ob in Stockholm – wie offiziell beteuert – ergebnisoffen geprüft wurde oder "ob das nur Show war und man das Werk von Anfang an dicht machen wollte", sagte Maly. Bei einer Schließung der Fabrik würden nicht nur die dort beschäftigten 1750 Frauen und Männer arbeitslos, sondern mindestens noch einmal so viele bei örtlichen Zulieferern. Eine Schließung kostet laut Info-Gutachten angeblich 230 Millionen Euro. Die für eine Modernisierung des Werks nötigen Investitionen lägen mit etwa 20 Millionen Euro deutlich darunter. Der schwedische Haushaltsgerätewerke Electrolux will nach eigenen Angaben innerhalb der nächsten drei Jahre eine Milliarde Euro sparen und hat deshalb die Schließung der Hälfte aller 27 Werke in den Ländern Westeuropas angekündigt. Thomas Magenheim

AEG und Electrolux

Das AEG-Werk in Nürnberg ist eine der letzten großen Produktionsstätten in der früheren Industrie-Metropole. Mehr als 1500 der insgesamt 1750

Beschäftigten stellen Haushaltsgeräte her. Im vorigen Jahr verließen laut AEG mehr als 1,63 Millionen Geräte das Werk, in diesem Jahr dürfte die Zahl bei rund 1,4 Millionen liegen. Mehr als

60 Prozent der Produkte gehen nach
Betriebsratsangaben in den Export.

Electrolux besitzt das Nürnberger Werk seit 1994 vollständig. Der schwedische Konzern zählt weltweit 72 000 Beschäftigte und setzt gut elf Milliarden Euro um. Der Gewinn betrug 2004 knapp 350 Millionen Euro. dpa/tma

AEG-Beschäftigte können hoffen

Electrolux verschiebt Entscheidung über das Hausgerätewerk in Nürnberg / Gespräche mit IG Metall und Betriebsrat

Für das AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg gibt es wieder einen Hoffnungsschimmer. Der schwedische Mutterkonzern Electrolux will mit IG Metall und Betriebsrat nun doch über den Standort reden.

MÜNCHEN · In dem von Schließung bedrohten Werk keimt zarte Hoffnung. Für den nächsten Montag hat Electrolux den Betriebsrat und die IG Metall zu ersten Gesprächen über das AEG-Stammwerk eingeladen und einen für den 24. Oktober erwarteten Entscheid über die Zukunft des Traditionssstandorts überraschend verschoben. Das bestätigten ein AEG-Sprecher und der für die Gewerkschaft im AEG-Aufsichtsrat sitzende Jürgen Wechsler.

„Wir sehen darin eine Chance“, sagte der Gewerkschafter zur Stimmung vor Ort. Zuletzt waren in Nürnberg die meisten von einem baldigen Aus für die Fabrik überzeugt. Electrolux will die Hälfte von 27 Werken in westlichen Hochlohnländern schließen und die Kapazitäten nach Osteuropa verlagern, um die Kosten um rund eine Milliarde Euro zu senken.

„Drittes Szenario“

Bisher war im Rahmen dieses Sparprogramms für Nürnberg nur von „alles oder nichts“ die Rede. Doch nun brachte der Electrolux-Europa-Chef Johan Bygge ein „drittes Szenario als Möglichkeit“ ins Spiel. Was das konkret bedeutet, möchten IG Metall und Betriebsrat am Montag ausloten. Eventuell wolle Electrolux nur eine der in Nürnberg gebauten Haushaltearten abziehen und mit einem Stellenabbau statt mit einer Werksschließung auskommen. Die Franken fertigen derzeit jährlich rund 715 000 Waschmaschinen, 565 000 Geschirrspüler und auch noch 126 000 Trockner. Letztere werden aber nach einem früheren Beschluss von 2006 an nicht mehr in Nürnberg gebaut. Gegen die Herstellung von Waschmaschinen spreche ein 15-prozentiger Preisverfall binnen zwei Jahren, weshalb speziell dieses Produkt in Nürnberg nicht mehr wettbewerbsfähig produziert werden könne, erklärte Electrolux. Man suche nach Wegen, zumin-

dest Teile der Produktion in Nürnberg zu halten, berichtete Bygge, ohne aber genauer zu werden. Eine komplette Schließung des Werks sei aber immer noch eine „starke Möglichkeit“.

Die kommende Gesprächsrunde zwischen Management und Belegschaft gehe auch auf ein Gutachten zurück, das IG Metall und Betriebsrat in Auftrag gegeben hatten, ergänzte ein AEG-Sprecher. Das Papier des Saarbrücker Info-Instituts, das die Überlebenschancen für das Werk beleuchtet, sei

nun von Electrolux geprüft worden. Darin bieten die Beschäftigten eine Kostensenkung von 15 Millionen Euro durch Lohnverzicht oder Mehrarbeit an. Dem Vernehmen nach hat Electrolux aber ein Mehrfaches dieser Summe berechnet, um vor Ort weiter profitabel produzieren zu können. Auf der anderen Seite käme den schwedischen Weltmarktführer für Haushalte auch eine Schließung der Fabrik mit ihren 1750 Beschäftigten teuer zu stehen. Die Rede ist von 230 Millionen Euro.

Electrolux baut derzeit in Polen zwei Werke, die von 2006 an mit Nürnberg deckungs-gleiche Produkte produzieren sollen. Fachleute warnen vor möglichen Image-Problemen, sollten die angesehenen AEG-Geräte nicht mehr in Deutschland gefertigt werden. Die Marke AEG werde unabhängig von einer Entscheidung für oder gegen Nürnberg gestärkt und ausgebaut, sagte Electrolux-Manager Bygge. Das zweite heimische AEG-Werk in Rothenburg müsse nicht mit Einschnitten rechnen. THOMAS MAGENHEIM



Beschäftigte des AEG-Hausgerätewerks in Nürnberg haben bereits mehrmals gegen eine Schließung protestiert.

Streik gegen Betriebsschließung

Müssen Belegschaften die Verlagerung ihrer Arbeitsplätze hinnehmen? Argumente von IG Metall und Gesamtmetall

Dürfen Belegschaften streiken, um Abbau oder Verlagerung ihrer Arbeitsplätze zu verhindern? Oder brechen sie das Arbeitsrecht, wenn sie mit

einem Ausstand höhere Abfindungen durchsetzen? Noch steht eine höchstrichterliche Entscheidung aus, und die Tarifkontrahenten streiten.

Die IG Metall hält einen Streik – als letztes Mittel – für erlaubt. Der Unternehmerverband Gesamtmetall spricht von einem gefährlichen Schritt.

PRO

Wer abholzt, muss aufforsten

von Berthold Huber

Was können Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften tun, wenn Betriebsteile oder Betriebe verlagert oder stillgelegt werden sollen? Vor allem dann, wenn sie diese Schritte weder für betriebswirtschaftlich sinnvoll, noch für unabänderlich halten?

In jüngster Zeit haben wir die Erfahrung gemacht, dass sich hinter der Stilllegung oder Verlagerung der Produktion fast immer die Jagd nach kurzfristigen Profiten verbirgt – auch in hochrentablen Betrieben. Selbst wenn wir belegen können, dass das betroffene Unternehmen mit Gewinnen weitergeführt werden könnte, können wir Betriebsschließungen oder Standortverlagerungen per Gesetz nicht verhindern. Wir können nur die betroffenen Belegschaften in ihren Protesten gegen Fehlentscheidungen begleiten – damit die Folgen geplanter Schließungen oder Verlagerungen zumindest gemildert und so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden. Außerdem müssen und können die Startchancen für neue Beschäftigung verbessert werden.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, soll wenigstens Anspruch auf Qualifizierung und angemessene Abfindungen haben. Wenn die Möglichkeiten über das Betriebsverfassungsgesetz enden, sind wir deshalb als Gewerkschaft weiter in der Verantwortung. Einen Streik für einen begleitenden und ergänzenden Tarifvertrag ziehen wir nur als letztes Mittel in Betracht. Aber wir bleiben dabei: Ergänzungs- oder Firmentarifverträge sind möglich und geeignet, um diese Fragen zu regeln. Mehrere Gerichte haben diese Position inzwischen bestätigt.

Belegschaften können über Betriebsverfassungsgesetz hinaus handeln

Betriebsänderungen, auch Stilllegungen und ihre Folgen, können Inhalt einer ergänzenden tarifvertraglichen Regelung sein. Forderungen von Abfindungen und Qualifizierung, die in der Fläche nicht abschließend geregelt sind, verletzen die Friedenspflicht nicht. Und das Betriebsverfassungsgesetz enthält auch keine Sperre gegen entsprechende tarifvertragliche Regelungen. Deshalb können Belegschaften und IG Metall über den Sozialplan und das Betriebsverfassungsgesetz hinaus handeln. Und Belegschaften können – auch während der Friedenspflicht des Flächentarifvertrags – für einen Ergänzungstarifvertrag (oder für einen Firmentarifvertrag) streiken, der etwa den vorhandenen Arbeitsplatz noch ein Jahr länger sichert.

„Wer abholzt, muss auch wieder aufforssten“ – dieses Motto ist 2004 in dem fünfjährigen Streik bei der Firma Otis in Stadthagen geprägt worden. Es steht für die Verpflichtung von Unternehmen, zumindest den von Arbeitsplatzabbau Betroffenen Chancen für eine weitere Beschäftigung zu eröffnen und die Folgen des Arbeitsplatzverlustes erträglich zu gestalten. Das Beispiel der Auseinandersetzung bei Otis, einem traditionsreichen und hochrentablen Standort zeigt: Es gibt Belegschaften, die sich wehren – und damit auch Signale für andere setzen.

In der Auseinandersetzung konnte unter anderem erreicht werden, dass alle Beschäftigten einen Anspruch auf zwölf Monate Qualifizierung erhalten und das Unternehmen das Bruttoentgelt in dieser Zeit auf

97 Prozent aufstockt. Der Streik bei Otis ist nicht das einzige Beispiel.

Auch die Belegschaft der Heidelberger Druck in Kiel und ihre Interessenvertreter haben 2003 acht Monate zusammengestanden und 25 Streiktagen durchgehalten. Auch sie konnten die Produktionsverlagerung nicht verhindern, haben aber höhere Abfindungen und eine Transfergesellschaft erkämpft. Ähnliche Beispiele waren Panasonic in Neumünster (2003), Ortopedia in Kiel (2004) und jüngst Infineon in München-Perr-



BILD: MARTIN STORZ

BERTHOLD HUBER

■ Er (55) ist zweiter Vorsitzender der IG Metall. Zuvor war er Bezirksleiter der Gewerkschaft in Baden-Württemberg.
■ Hinter einer Betriebsschließung verberge sich oft die Jagd nach Profiten, meint Huber. Wer seinen Arbeitsplatz verliere, solle zumindest Anspruch auf Qualifizierung und angemessene Abfindung haben. Um das zu erkämpfen, ziehe die IG Metall einen Streik nur als letztes Mittel in Betracht.

RT

lach. In allen Fällen konnten wir höhere Abfindungen und Qualifizierung oder auch Beschäftigungsgesellschaften sowie einen geringeren Stellenabbau durchsetzen.

Wir brauchen innovative Unternehmenspolitik

Indem wir Verlagerungen und Schließungen abfedern, verhindern wir nur das Allerschlimmste. Wir brauchen aber nachhaltige und zukunftstaugliche Perspektiven für die Beschäftigten. Das erreicht man über innovative Unternehmenspolitik mit einer Ausweitung der Mitbestimmung. Sie muss mit politischen und gesetzlichen Schritten in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik ergänzt werden – national und europaweit. Betriebliche Streiks verhindern weder Gerichte noch die Polizei. Konflikte vermeiden helfen kann die Politik. Aber gefordert sind vor allem die Unternehmen selbst.

KONTRA

Gewerkschaftliche Phryrussiege

von Heike Maria Kunstmam

Wertschöpfung in Deutschland zu behaupten, ist zu einer wesentlichen Aufgabe geworden. Kern der Aktivitäten ist dabei die permanente Optimierung der Abläufe und Arbeitsbeziehungen an den deutschen Standorten. Trotz vieler Anstrengungen gelingt es nicht immer, Schließungen von Betrieben oder Betriebsteilen zu vermeiden.

Neben anderen Faktoren spielt dabei der internationale Druck auf Lohn wie Lohnzu-



BILD: GESAMTMETALL

HEIKE MARIA KUNSTMAM

■ Sie (39) ist seit April 2005 Hauptgeschäftsführerin des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall. Zuvor war die Diplom-Kauffrau Leiterin der Personalentwicklung beim Automobilzulieferer Knorr Bremse.
■ Bei Betriebsschließungen gibt es kein Streikrecht, meint die Arbeitgebervertreterin. Sozialpläne zu erstreiken, schade massiv den betroffenen Unternehmen – und letztlich auch den Gewerkschaften.

RT

satzkosten eine entscheidende Rolle. Solche Entwicklungen sind für den einzelnen betroffenen Mitarbeiter schicksalhaft. Es ist dabei keine Frage, dass für die Arbeitnehmer ein sozialer Ausgleich in Form von Abfindungen oder Transferleistungen wie Qualifizierungsangeboten gefunden werden muss.

Dafür gibt es einen bewährten Weg. Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet den Arbeitgeber, der eine Betriebsstilllegung oder -einschränkung plant, mit dem Betriebsrat über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan zu verhandeln.

Im Mittelpunkt des Interessenausgleichs steht die unternehmerische Frage, ob und wie weit die geplante Maßnahme durchgeführt werden muss. Ein bestimmtes Ergebnis in seinem Sinne kann der Betriebsrat wegen der verfassungsrechtlich geschützten

Unternehmerfreiheit nicht erzwingen. Legal beeinflussen kann er nur einen Sozialplan, der die wirtschaftlichen Nachteile für die Arbeitnehmer ausgleicht oder mildert. Ein Streikrecht besteht nicht!

Die Realität entwickelt sich davon weg: In zunehmend mehr Unternehmen legen Mitarbeiter die Arbeit nieder, um den Inhalt des Sozialplans nach oben zu ziehen.

Die IG Metall versucht, mit diesen Streiks ein neues machtpolitisches Verfahren zu etablieren. Machtregeln sollen Rechtsregeln ersetzen, weil sie eine bessere Durchsetzung von Forderungen wie etwa höhere Abfindungen versprechen.

Es ist falsch, die Entscheidung auf die Straße zu verlagern

Dazu haben wir eine klare Meinung: Die Verlagerung der Entscheidungsfindung vom Verhandlungstisch auf die Straße ist falsch. Sozialpläne zu erstreiken, statt nach den Regeln der Betriebsverfassung zu verhandeln, schadet massiv den betroffenen Unternehmen. Sie können ihre Aufträge nicht mehr erfüllen und verlieren Kunden. Solche Streiks sind nicht nur durch das Betriebsverfassungsgesetz verboten, sondern zeugen von einem ausgesprochen kurzfristigen Denken. Denn am Ende fällt der dadurch angerichtete Schaden auf die Mitarbeiter zurück.

Die deutschen Arbeitsgerichte haben diese gewerkschaftlichen Machtspielen bisher nicht eindeutig entschieden. Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie führen zurzeit, vertreten durch Nordmetall, wegen eines früheren Falls aus Schleswig-Holstein einen Prozess, um die Unzulässigkeit solcher Streiks rechtsverbindlich feststellen zu lassen. Es wird noch eine Zeit dauern, bis die obersten Gerichte Rechtsklarheit über die Erstreichbarkeit von Sozialplänen geschaffen haben.

Was bedeutet die Situation für die Unternehmen, die Betriebstätigkeiten in Deutschland nicht mehr fortführen können und damit rechnen müssen, dass sie die Gewerkschaft unter Streikdruck setzt? Offensichtlich ist der direkte Schaden für die Auftragsabwicklung. Der Dumme ist der Kunde.

Neue Praktiken schaden der Wertschöpfung

Offensichtlich ist auch, dass diese neuen Praktiken den Produktionsstandort Deutschland abwerten, weil sie genau die falschen Signale aussenden und den Betriebsfrieden als einen Teil der deutschen Standortvorteile angreifen. So lockt man keine neuen Wertschöpfung nach Deutschland!

Und die Gewerkschaften müssen wissen, dass sie sich letztlich damit selbst schaden. Wenn Streiks für Sozialpläne trotz bestehender Regelungsmöglichkeiten durch das Betriebsverfassungsgesetz zur Regel werden, wird die Friedenspflicht als entscheidender Vorteil des Flächentarifvertrags relativiert. Sie ist Motiv für viele Unternehmen, sich grundsätzlich der Bindung an den Flächentarifvertrag anzuschließen.

Anstatt die Menschen zu mobilisieren, wenn es zu spät ist, könnten die Gewerkschaften im Vorfeld, wenn noch Zeit ist, durch mehr Flexibilität vermeidbare Verlagerungen verhindern helfen.

Frankfurter Rundschau v. 17.11.2005, S.3, Ausgabe: S Stadt / POL Die Seite 3

Letztes Aufbäumen

Die drohende Schließung des AEG-Werks in Nürnberg wollen die 1750 Beschäftigten nicht hinnehmen

Plötzlich geht die Tür auf. Ein Brief, leuchtend grün. Der Kollege von der IG Metall reicht ihn herein. "Da hast Du's", sagt er. "Persönlich zuzustellen", steht dick darauf. Absender: Arbeitsgericht Nürnberg. "Ich weiß, was da drin steht", sagt Harald Dix. Es ist starker Tobak. Eine Drohung mit 250 000 Euro Bußgeld, alternativ sechs Monate Gefängnis. Darauf solle sich Dix, Betriebsratschef beim AEG Hausgeräte-Werk in Nürnberg einstellen, wenn er noch einmal zu einem Warnstreik aufruft. So wie vor drei Wochen, am 21. Oktober. An diesem Tag nämlich standen drei Schichten lang die Bänder still, von denen sonst rund um die Uhr Waschmaschinen (Marke "Lavamat"), Trockner und Geschirrspüler des Traditionsherstellers laufen. Nichts ging mehr, der Haupteingang mit Transportern blockiert, gesäumt von Malochern mit Trillerpfeifen, Fackeln, Protest-Transparenten.

"Juristische Konsequenzen" dieses "illegalen Streiks" würden geprüft, hatte die AEG-Leitung gleich verkündet. Nun sind sie offenbar da. Schwarz auf weiß. Harald Dix, der Mann, der längst bis an die Schmerzgrenze seiner 1750 AEGler gegangen ist, um das Werk noch zu retten, versucht, gelassen zu bleiben. Den Brief macht er später auf, in Ruhe. Er setzt darauf, dass es beim Arbeitsgericht einen Vergleich gibt. Jetzt muss er runter, zur nächsten Betriebsversammlung. Berichten, was ausgehandelt wurde mit denen "da oben".

Es läuft der letzte Versuch, das einst stolze, inzwischen 83 Jahre alte Stammwerk der AEG-Haushaltsgeräte (Werbeslogan: "Aus Erfahrung gut") zu retten. Elektroheizungen und Kochgeräte wurden hier zuerst gebaut, dann 1950 der erste Lavamat, nach dem VW-Käfer die zweite veritable Ikone des deutschen Wirtschaftwunders. 1963 kamen der Geschirrspüler hinzu, jene nicht zu unterschätzende Küchenrevolution mit einleitend, die den Menschen mehr Freizeit möglich machte. Noch 2003 fuhr man in Nürnberg den "historische Produktionsrekord" ein, wie die Geschäftsleitung damals stolz vermeldete; 1,8 Millionen Großgeräte liefen vom Band. Nun, nur zwei Jahre später, scheint die Abrissbirne für die Hallen auf dem riesigen, 164 000 Quadratmeter großen Gelände im Nordwesten der Lebkuchen-Metropole schon gebucht. "Die lassen uns ausbluten", sagt vor dem Werkstor ein AEGler aus der Instandhaltung, der seit 15 Jahren dabei ist – und froh, sich mit seinen 59 Jahren in den Vorruestand gerettet zu haben.

AEG Haushaltsgeräte war 2003 bereits seit neun Jahren nicht mehr selbstständig, sondern Tochter der schwedischen Electrolux, des weltgrößten Haushaltsgeräte-Herstellers. Die Stockholmer Manager kamen Anfang der 90er Jahre als die Retter – für die AEG Nürnberg sowie drei weitere Produktionsstandorte in Kassel, Herborn und Rothenburg. Der Konzern übernahm damals die einzige überlebende, aber kränkelnde Sparte des Pleite gegangenen Konzerns AEG mit seinen renommierten "Weiße-Ware"- Geräten. Noch heute verkündet Electrolux-Chef Hans Straberg: "Das Werk Nürnberg spielt eine sehr wichtige Rolle im Konzern."

Fragt sich nur, wie lange noch. Graffiti wie jenes, das man auf einer alten Werkshalle mit ihren angerosteten Metallfenstern lesen kann, sprüht man ja nicht zum Spaß: "Weg mit Straberg – AEG bleibt." Der 48-jährige Schwede setzte den Nürnbergern vor rund sechs Monaten die Pistole auf die Brust. Der Aufsichtsrat des Konzerns, der weltweit 70 000 Menschen beschäftigt und ordentlich Gewinn macht, hatte den Vorstand aufgefordert, die Schließung des Werks wegen mangelnder Profitabilität "zu prüfen".

Nürnberg ist dabei kein Einzelfall. Electrolux hat angekündigt, die Hälfte seiner 27 Produktionsstätten in Westeuropa und in den USA wie in Australien – man sagt: den Hochlohnländern – zu schließen und die Produktion nach Osteuropa zu verlagern. Hintergrund ist der rasante Preisverfall der "Weißen Ware", der Ende der 90er Jahre einsetzte. Waschmaschinen zum Beispiel, notiert Electrolux, werden heute rund 30 Prozent billiger verkauft als vor fünf Jahren. Die Konkurrenten, die in Polen, in der Türkei, in Asien produzieren, gäben den Ton an. "60 Prozent der Weißwaren, die in Deutschland gekauft werden, werden außerhalb von Deutschland gefertigt", sagt Straberg. Dem Verbraucher sei es eben völlig schnuppe, wo ein Gerät gebaut wurde: Was zählt, heißt das, ist der Preis.

Und der sei in Nürnberg zu hoch. Straberg rechnet den Kritikern seiner Strategie vor: In Osteuropa kann Electrolux die jetzt 1,4 Millionen Nürnberger Geräte pro Jahr um 48 Millionen Euro billiger bauen lassen. Das AEG-Werk hat, folgt man dieser Logik, nur dann eine Chance, wenn die Kosten dort auf Ostniveau heruntergefahren werden. Riesiger Druck lastet nun auf den Bossen und den Betriebsräten. Denn die Drohung, dass die Stockholmer Konzernzentrale die Produktion verlagert, ist nicht bloß theoretisch. Sie ist überaus real. Sie heißt: Polen.

Electrolux baut im Nachbarland, bei Kattowitz, derzeit ein neues Werk, das einen Großteil der Nürnberger Stückzahlen von Lavamat und Co. übernehmen könnte. Kritiker sagen: Die Schweden haben den Markt im Osten überschätzt und wollen nun die Auslastung der modernen Fertigungsanlagen sichern. Betriebsratschef Dix ätzt: "Die haben die Überkapazitäten selbst geschaffen, und wir müssen es ausbaden."

Und wie. Was Dix nun seinen Leuten im Werk zu verklickern versucht, ist: Sie sollen, nach dem sie bereits seit Anfang 2005 nur 30 statt 35 Wochenstunden arbeiten und entsprechend weniger verdienen, weitere Abstriche machen, um ihre Jobs zu retten. Fürs gleiche Geld 35 statt 30 Stunden arbeiten, so lautet die Formel, auf die sich Betriebsrat, IG Metall und Nürnberger Geschäftsführung geeinigt haben sollen. Zehn bis 15 Millionen Einsparung pro Jahr dürfte das bringen. Doch ob Stockholm das schluckt, ist überaus fraglich. Die Zielmarke liegt schließlich drei- bis viermal höher.

Letztes Aufbäumen / Die drohende Schließung des AEG-Werks in Nürnberg wollen die 1750 Beschäftigten nicht ...

Electrolux-Boss Straberg sieht allenfalls Chancen für Nürnberg, wenn die AEGler 40 statt der im Flächentarifvertrag eigentlich festgeschriebenen 35 Wochenstunden arbeiten – zum selben Lohn, versteht sich. Dass bei einem solchen Deal mehrere hundert der 1750 Mitarbeiter entlassen werden müssten, ist klar. Noch im Dezember soll die Entscheidung in Stockholm fallen.

Die Stimmung unter den AEG-Werkern ist gespalten. Vor allem die Jüngeren sagen: Man muss es so probieren, um wenigstens den Großteil der Jobs zu halten. Viele haben aber auch resigniert: Lieber ein Ende mit Schrecken, sagen sie – und mit einer ordentlichen Abfindung. Verunsicherung, Zorn, Ohnmachtsgefühle sind bei allen groß. Zuletzt ist der Krankenstand im Werk übrigens auf 16 Prozent gestiegen, ein Rekord.

Harald Dix ist ein besonnener Mann. Den harten Arbeiterführer lässt er nur selten heraushängen. Dix sagt: "Zum nächsten Streik rufe ich nicht auf." Aber was die Leute machen, das ist, natürlich, ihre eigene Sache.

Von Joachim Wille (Nürnberg)

Quelle:

Frankfurter Rundschau v. 17.11.2005, S.3, Ausgabe: S Stadt

AEG-Arbeiter bleiben hart

Bayern schaltet sich ein

NÜRNBERG · Die Belegschaft des Nürnberger AEG-Hausgerätewerks lässt die Arbeit weiter ruhen. Die Frühschicht lehnte am Donnerstag den Vorschlag der Gewerkschaft ab, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach einer Versammlung vor dem Werkstor seien die Beschäftigten wieder nach Hause gegangen, bestätigte IG-Metall-Vertrauensmann Roland Weiß. Die Gewerkschaft will über einen Sozialtarifvertrag, eine Beschäftigungsellschaft und Ersatzarbeitsplätze verhandeln.

Bereits am Mittwoch hatten Arbeitnehmervertreter angekündigt, bis Weihnachten keine Waschmaschinen und Geschirrspüler mehr produzieren zu wollen. Der schwedische Mutterkonzern Electrolux behielt sich wegen der Arbeitsniederlegungen rechtliche Schritte vor.

Am heutigen Freitag will Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat über die Folgen der Schließung des Werks mit 1750 Beschäftigten bis Ende 2007 sprechen, die der Electrolux am Montag verkündet hatte. In einer ersten Stellungnahme hatte Huber bedauert, „daß die Führung von Electrolux trotz der angebotenen Zugeständnisse der Mitarbeiter und der Bemühungen von Bund, Land und der Stadt Nürnberg diese harte Entscheidung getroffen hat“.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering appellierte derweil an die Unternehmen in Deutschland, verstärkt Arbeitsplätze zu sichern. Die Politik müsse dafür kämpfen, dass Dinge wie bei AEG in Nürnberg nicht passierten, sagte der SPD-Politiker am Donnerstag im Bundestag.

DPA/RTR

Frankfurter Rundschau
16.12.2005

Bei AEG in Nürnberg stehen die Bänder still

Belegschaft legt nach Vertagung der Gespräche über einen Sozialtarifvertrag die Arbeit nieder / Neues Treffen am Donnerstag

Mit dem Ende der Weihnachtspause sind am Dienstag die Proteste im Nürnberger AEG-Hausgerätewerk erneut aufgeflammt.

NÜRNBERG Mit einer Demonstration vor dem Werkstor setzten am Morgen mehrere hundert Frauen und Männer ihre Proteste gegen die geplante Schließung des Nürnberger AEG-Hausgeräte-Werks fort. Danach entschlossen sich die Beschäftigten zu einer spontanen 24-stündigen Arbeitsniederlegung, wie der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix berichtete. „Das ist der Vorgriff auf den großen Arbeitskampf“, sagte der Arbeitnehmervertreter. Von der geplanten Schließung sind rund 1750 Beschäftigte betroffen.

Ebenso wie Vertreter der IG Metall zeigte sich auch Dix skeptisch, dass es bei den am Vortag in München begonnenen Sozialtarif-Verhandlungen eine Einigung geben werde. Auch die Belegschaft sei wütend darüber, dass der schwedische AEG-Mutterkonzern Electrolux offenbar nicht mehr als einen Sozialplan anbieten wolle. Die Geschäftslei-

tung plant nach den Angaben von Dix ein Angebot, das sich weitgehend an den Sozialplänen orientiere, die bei der Schließung der früheren AEG-Standorte Kassel und im hessischen Herborn vereinbart worden waren. „Das entspräche lediglich 25 bis 30 Prozent unseres Forderungspakets“, sagte Dix. Dies sei für die Beschäftigten nicht akzeptabel.

Die erste Runde der Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag war am Montagabend nach rund vierstündiger Dauer ergebnislos vertagt worden. Der stellvertretende IG-Metall-Chef Jürgen Wechsler hatte nach der Auftaktrunde erklärt, er habe den Eindruck, „wir sind meilenweit voneinander entfernt“.

Konzern kündigt Angebot an

Die Arbeitgeberseite hat für die zweite Runde ein Angebot angekündigt. Dies werde rund 20 Prozent über den gesetzlichen Mindeststandards liegen, sagte ein Sprecher. Die Parteien wollen nun am Donnerstag wieder zusammenkommen.

Die Arbeitsniederlegung gilt offiziell nicht als Streik. Denn dazu müsste es erst eine Urabstimmung durch die Gewerkschaft geben. Diese droht, wenn sich die Manager von AEG und Electrolux nicht mit IG Metall und Betriebsrat über einen Sozialtarifvertrag einigen. Die Beschäftigten fordern hohe Abfindungen, Alternativjobs bei AEG und eine Beschäftigungsgesellschaft.

Electrolux hat für die Schließung Kosten von 230 Millionen Euro veranschlagt, was im Licht der Forderungen der Belegschaft nach Schätzung von Wechsler aber nicht ausreichen dürfte.

Der schwedische Mutterkonzern hatte im Dezember nach langen Verhandlungen mit der Arbeitnehmerseite und Gesprächen auch mit Vertretern der bayerischen Staatsregierung die Schließung des Hausgerätewerks in Nürnberg, in dem Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner gefertigt werden, angekündigt. Zum Jahresende 2007 soll die Produktion nach Polen verlegt werden.

DPA/TMA



BILD: JOERG KOCH / DDP

Am Dienstag protestierten Beschäftigte erneut gegen die Schließung des AEG-Werks.



Mehr als Pfeifen im Wald: Anpfiff zum Streik beim Traditionsbetrieb AEG, für den es bei der Urabstimmung eine historisch hohe Rückendeckung gab.

BILD: MICHAELA REHLER/TR

Die Bänder stehen still

Bei AEG wird gestreikt und nicht allein die IG Metall ist überzeugt: Es geht um mehr als einen regionalen Job-Gau

VON JOACHIM WILLE

Sechs Uhr. Noch stockfinster. Auf zur Frühschicht, wie jeden Tag. Aus allen Richtungen kommen Leute zum Werkstor in der Muggenhofer Straße, den Kragen hochgeschlagen, keiner redet, die Müdigkeit sitzt noch in den Knochen. Normalerweise.

Heute ist nicht normalerweise. Sechs Uhr, und man fühlt sich wie beim Rockkonzert. „We fight for the AEG“, röhrt der Mann an der E-Gitarre, der auf der Lkw-Ladefläche steht und die Zuhörer akustisch mit seinen Bruce-Springsteen-Riffs für die nachfolgende Kundgebung vorwärmmt. Das Haupttor des riesigen Werks in Nürnberg, in denen sonst um diese Zeit die Bänder anlaufen, ist verrammelt. Das Logo „AEG“ leuchtet vertraut in rot über einem Gebäude. Aber: In den Werkshallen ist es dunkel, kein Licht brennt. Dafür erhellen Scheinwerfer draußen die Szene. Der erste Streiktag beginnt. Einer von vermutlich vielen.

Einige Hundert Arbeiter stehen hier. In den Pausen, die der Dezibel-starke Springsteen-Adept, die wortmächtigen Gewerkschaftsfunktionäre am Mikro, die Trillerpfeifen und Glockenschläge lassen, skandieren sie: „Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir.“ Flammen lodern in offenen Fässern. Es sind Holzfeuer. Wärmeinseln im, meteorologisch wie gesellschaftlich, schockgefrostenen Klima. „Wenn es sein muss, machen wir hier monatlang dicht“, sagt ein Arbeiter, der sonst drüben, in der Halle auf der anderen Seite des Tores, in Früh- oder Spätschicht Edelstahlbehälter für Geschirrspüler fertigt. Überall an den Wänden und Zäunen hängen Plakate. Darauf steht: „Dieser Betrieb wird bestreikt.“ „Die Bosse in Schweden werden merken, dass sie sich verkalkuliert haben“, sagt der AEGler, der hier seit zwölf Jahren arbeitet.

AEG. Das Akronym haben die Streikenden globalisierungskritisch neu interpretiert. Nicht Allgemeine Electricitätsgesell-

schaft, wie die von Emil Rathenau damals in Berlin gegründete Firma seit 1887 hieß. Auch nicht „Aus Erfahrung gut“, wie der Werbeslogan der Nachkriegsjahre es in die Köpfe der Wirtschaftswunder-Deutschen haute. Sonder: „Aus Electrolux-Habgier geschlossen“. So steht es auf einem Plakat im Streikzelt vor dem Haupteingang.

Electrolux heißt der Feind. Der schwedische Weltkonzern, die globale Nummer eins in der Haushaltgerätebranche. 1994 waren die Stockholmer noch als Retter nach Nürnberg gekommen, als sie den traditionsreichen, aber notleidenden Hersteller der „weißen Ware“ und seine gut eingeführte Marken (wie Lavamat, Favorit) übernahmen. Zuletzt fuhr das AEG-Stammwerk sogar einen Produktionsrekord ein, 1,8 Millionen Geräte 2004. Doch dann, Juni 2005, der Schock: Schließung prüfen, ordnete der Aufsichtsrat des Konzerns an, sowie Verlagerung der Produktion in die neuen Werke in Polen, die Überkapazitäten haben, weil Electrolux den Europa-Markt überschätzte.

Seither brennt es in Nürnberg. 1750 Jobs in der AEG-Produktion stehen auf dem Spiel. Ein halbes Jahr lang verhandelten Geschäftsführung, Betriebsrat und IG Metall über Alternativen. Die Arbeitnehmer boten Mehrarbeit umsonst und Zustimmung zu begrenztem Jobabbau an, in summa eine Kosteneinsparung von zehn Millionen Euro jährlich. Doch Electrolux beharrte auf der Zielmarke von 48 Millionen. Mitte Dezember ging der Daumen runter: Abschmelzen der Produktion und endgültiges Aus in Nürnberg Ende 2007.

Es ging los. Warnstreiks, Infoveranstaltungen am (nicht mehr) laufenden Band, Protestkundgebungen. Diese Woche dann die Urabstimmung über einen Streik, mit dem die AEGler zumindest einen für sie erträglichen Sozialplan herausholen wollen. Das Ergebnis war „sensationell“, wie Harald Dix, der Nürnberger Betriebsratschef sagt. 96,35 Prozent der Metaller stimmten für den Streik, 75 Prozent wären notwendig gewesen. Ein absoluter historischer Rekord in der Geschichte der IG Metall. „Die Leute sind wild entschlossen, das durchzuziehen“, attestiert der Nürnberger IGM-Gewerk-

schaftsfunktionär Jürgen Wechsler, „bis zum Ende“. Denn siehe: „Die haben sich mit warmen Wintersachen eingedeckt.“

Der Fall AEG, es liegt in der Luft, ist kein bloß regionaler Job-Gau, der die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit in der altindustrialisierten Region Nürnberg/Fürth weiter hochschaubt. Die „kalte Seite der Marktwirtschaft“ regiere, klagt Nürnbergs OB Ulrich Maly (SPD). Eine, die das Präfix „sozial“ abgesprengt habe. Und: „Die Leute schauen zu uns. Die überlegen sich, dass es sie auch treffen kann.“ IG Metall-Vize Berthold Huber ist eigens aus seiner Frankfurter Zentrale hergefahren, um den AEGlern den Rücken im Kampf mit jenem „rücksichtslosen neun Kapitalismus“ zustärken, der die Wellen der Globalisierung reitet und dabei die Malocher untergehen lässt. Electrolux, skandiert er, „darf nicht die Chance bekommen, sich wie ein Dieb wegzuschleichen.“

Sauber gegeben. So was kommt an bei Leuten, die, wenn es gut geht, noch zwei Jahre einen Job haben oder, wie im AEG-Bereich Logistik, schon ab Februar Gehaltseinbußen von 400 bis 2000 Euro hinnehmen sollen. Aber: Ist es nur wohlfeile Gewerkschafter-Rhetorik, diesmal sogar von dem als flexibler

„Modernisierer“ bekannten IGM-Vize? Offenbar nicht. Selbst dem konsensorientierten IG BCE-Chef Hubertus Schmoldt platze jüngst der Kragen. Grund: Auch bei einem anderen deutschen Traditionsbetrieb, dem Reifen-Multi und Börsenstar Continental, soll trotz Zugeständnissen der Belegschaft ein profitables Werk geschlossen werden, um in Tschechien noch höhere Gewinne zu machen. Dessen Boss Manfred Wennemer trete „die Sozialpartnerschaft mit Füßen“, donnerte Schmoldt, um dann

düster zu drohen: Arbeitnehmervertreter könnten sich ja auch „so oder so verhalten“. Tatsächlich hat der Konzernbetriebsrat inzwischen angekündigt, seinen Spielraum so auszunutzen, dass

nicht nur in dem betroffenen Reifenwerk in Hannover, sondern generell ein normaler Geschäftsbetrieb kaum mehr möglich sei.

Ein Aufbruch für die Gegenmacht? Gewagte Prognose. „Die Hafenarbeiter haben es doch auch geschafft“, sagt trotzig ein AEGler, der Holz für die Wärme-Tonne nachlegt. Wenn sogar die EU mit ihrer Liberalisierungs-Richtlinie einknickt, weil die Malocher auf den Putz hauen, muss doch was zu machen sein, sagt er. Überhaupt: „Die Leute haben geschnallt, was los ist.“ Die Chance, in die Offensive zu kommen. Um, meint er, die vorgeblich naturgesetzlichen Zwänge der Globalisierung zu durchbrechen.

In Nürnberg indes kommt es einstweilen schlicht darauf an, wer von beiden Konfliktparteien den längeren Atem hat. Malocher-Boss Dix prophezeit: Electrolux kriegt schnell Probleme. Ersatzteile würden nicht ausgeliefert, und die Lager für Waschmaschinen und Spüler seien in zwei, drei Wochen leer: „Dann können die nichts mehr verkaufen. Polen ist noch nicht lieferfähig“. Das sei, sagt Dix, „unser Faustpfand“. AEG-Sprecher Michael Eichel gibt mit demonstrativer Gelassenheit zurück: „Es hat bisher keine Lieferprobleme gegeben, und wir erwarten auch keine.“ Der Nervenkrieg, heißt das, hat begonnen.

DER FALL AEG

■ Der schwedische Multi Electrolux hat für die Schließung seines Nürnberger AEG-Werks Ende 2007 rund 240 Millionen Euro an Kosten eingeplant.

■ Die IG Metall will per Streik einen Sozialtarifvertrag durchsetzen, der ein Vielfaches teurer würde, um so im Idealfall die Rücknahme des Schließungsbeschlusses zu erreichen.

■ Die Gewerkschaft fordert Abfindungen in Höhe dreier Monatsgehälter pro Jahr Betriebszugehörigkeit sowie einen Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen bei vollem Lohnausgleich bis 2010. Für über-53-Jährige verlangt sie die Weiterzahlung des Lohns bis zur Rente. Electrolux hat kein offizielles Angebot für den Tarifvertrag vorlegt. JW

...

FrankfurterRundschau

Frankfurter Rundschau v. 21.01.2006, S.3, Ausgabe: S Stadt / POL Die Seite 3

Die Bänder stehen still

Bei AEG wird gestreikt und nicht allein die IG Metall ist überzeugt: Es geht um mehr als einen regionalen Job-Gau

Sechs Uhr. Noch stockfinster. Auf zur Frühschicht, wie jeden Tag. Aus allen Richtungen kommen Leute zum Werkstor in der Muggenhofer Straße, den Kragen hochgeschlagen, keiner redet, die Müdigkeit sitzt noch in den Knochen. Normalerweise. Heute ist nicht normalerweise. Sechs Uhr, und man fühlt sich wie beim Rockkonzert. "We fight for the AEG", röhrt der Mann an der E-Gitarre, der auf der Lkw-Ladefläche steht und die Zuhörer akustisch mit seinen Bruce-Springsteen-Riffs für die nachfolgende Kundgebung vorwärmst. Das Haupttor des riesigen Werks in Nürnberg, in denen sonst um diese Zeit die Bänder anlaufen, ist verrammelt. Das Logo "AEG" leuchtet vertraut in rot über einem Gebäude. Aber: In den Werkshallen ist es dunkel, kein Licht brennt. Dafür erhellen Scheinwerfer draußen die Szene. Der erste Streiktag beginnt. Einer von vermutlich vielen.

Einige Hundert Arbeiter stehen hier. In den Pausen, die der Dezibel-starke Spring-steen-Adept, die wortmächtigen Gewerkschaftsfunktionäre am Mikro, die Trillerpfeifen und Glockenschläge lassen, skandieren sie: "Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir." Flammen lodern in offenen Fässern. Es sind Holzfeuer. Wärmeinseln im, meteorologisch wie gesellschaftlich, schockgefrosten Klima. "Wenn es sein muss, machen wir hier monatlang dicht", sagt ein Arbeiter, der sonst drüben, in der Halle auf der anderen Seite des Tores, in Früh- oder Spätschicht Edelstahlbehälter für Geschirrspüler fertigt. Überall an den Wänden und Zäunen hängen Plakate. Darauf steht: "Dieser Betrieb wird bestreikt." "Die Bosse in Schweden werden merken, dass sie sich verkalkuliert haben", sagt der AEGler, der hier seit zwölf Jahren arbeitet.

AEG. Das Akronym haben die Streikenden globalisierungskritisch neu interpretiert. Nicht Allgemeine Electricitätsgesellschaft, wie die von Emil Rathenau damals in Berlin gegründete Firma seit 1887 hieß. Auch nicht "Aus Erfahrung gut", wie der Werbeslogan der Nachkriegsjahre es in die Köpfe der Wirtschaftswunder-Deutschen haute. Sondern: "Aus Electrolux-Habgier Geschlossen". So steht es auf einem Plakat im Streikzelt vor dem Haupteingang.

Electrolux heißt der Feind. Der schwedische Weltkonzern, die globale Nummer eins in der Haushaltsgerätebranche. 1994 waren die Stockholmer noch als Retter nach Nürnberg gekommen, als sie den traditionsreichen, aber notleidenden Hersteller der "weißen Ware" und seine gut eingeführte Marken (wie Lavamat, Favorit) übernahmen. Zuletzt fuhr das AEG-Stammwerk sogar einen Produktionsrekord ein, 1,8 Millionen Geräte 2004. Doch dann, Juni 2005 der Schock: Schließung prüfen, ordnete der Aufsichtsrat des Konzerns an, sowie Verlagerung der Produktion in die neuen Werke in Polen, die Überkapazitäten haben, weil Electrolux den Europa-Markt überschätzte.

Seither brennt es in Nürnberg. 1750 Jobs in der AEG-Produktion stehen auf dem Spiel. Ein halbes Jahr lang verhandelten Geschäftsführung, Betriebsrat und IG Metall über Alternativen. Die Arbeitnehmer boten Mehrarbeit umsonst und Zustimmung zu begrenztem Jobabbau an, in summa eine Kosteneinsparung von zehn Millionen Euro jährlich. Doch Electrolux beharrte auf der Zielmarke von 48 Millionen. Mitte Dezember ging der Daumen runter: Abschmelzen der Produktion und endgültiges Aus in Nürnberg Ende 2007.

Es ging los. Warnstreiks, Infoveranstaltungen am (nicht mehr) laufenden Band, Protestkundgebungen. Diese Woche dann die Urabstimmung über einen Streik, mit dem die AEGler zumindest einen für sie erträglichen Sozialplan herausholen wollen. Das Ergebnis war "sensationell", wie Harald Dix, der Nürnberger Betriebsratschef sagt. 96,35 Prozent der Metaller stimmten für den Streik, 75 Prozent wären notwendig gewesen. Ein absoluter historischer Rekord in der Geschichte der IG Metall. "Die Leute sind wild entschlossen, das durchzuziehen", attestiert der Nürnberger IGM-Gewerkschaftsfunktionär Jürgen Wechsler, "bis zum Ende". Denn siehe: "Die haben sich mit warmen Wintersachen eingedeckt."

Der Fall AEG, es liegt in der Luft, ist kein bloß regionaler Job-Gau, der die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit in der altindustrialisierten Region Nürnberg/Fürth weiter hochschraubt. Die "kalte Seite der Marktwirtschaft" regiere, klagt Nürbergs OB Ulrich Maly (SPD). Eine, die das Präfix "sozial" abgesprengt habe. Und: "Die Leute schauen zu uns. Die überlegen sich, dass es sie auch treffen kann." IG Metall-Vize Berthold Huber ist eigens aus seiner Frankfurter Zentrale hergefahren, um den AEGlern den Rücken im Kampf mit jenem "rücksichtslosen neun Kapitalismus" zustärken, der die Wellen der Globalisierung reitet und dabei die Malocher untergehen lässt. Electrolux, skandiert er, "darf nicht die Chance bekommen, sich wie ein Dieb wegzuschleichen."

Sauber gegeben. So was kommt an bei Leuten, die, wenn es gut geht, noch zwei Jahre einen Job haben oder, wie im AEG-Bereich Logistik, schon ab Februar Gehaltseinbußen von 400 bis 2000 Euro hinnehmen sollen. Aber: Ist es nur wohlfeile Gewerkschafter-Rhetorik, diesmal sogar von dem als flexibler "Modernisierer" bekannten IGM-Vize? Offenbar nicht. Selbst dem konsensorientierten IG BCE-Chef Hubertus Schmoldt platze jüngst der Kragen. Grund: Auch bei einem anderen deutschen Traditionunternehmen, dem Reifen-Multi und Börsenstar Continental, soll trotz Zugeständnissen der Belegschaft ein profitables Werk geschlossen werden, um in Tschechien noch höhere Gewinne zu machen. Dessen Boss Manfred Wennemer trete "die Sozialpartnerschaft mit Füßen", donnerte Schmoldt, um dann düster zu drohen: Arbeitnehmervertreter könnten sich ja auch "so oder so verhalten". Tatsächlich hat der Konzernbetriebsrat inzwischen angekündigt, seinen Spielraum so auszunutzen, dass nicht nur in dem betroffenen Reifenwerk in Hannover, sondern generell ein normaler Geschäftsbetrieb kaum mehr möglich sei.

Ein Aufbruch für die Gegenmacht? Gewagte Prognose. "Die Hafenarbeiter haben es doch auch geschafft", sagt trotzig ein

...

AEGler, der Holz für die Wärme-Tonne nachlegt. Wenn sogar die EU mit ihrer Liberalisierungs-Richtlinie einknickt, weil die Malocher auf den Putz hauen, muss doch was zu machen sein, sagt er. Überhaupt: "Die Leute haben geschnallt, was los ist." Die Chance, in die Offensive zu kommen. Um, meint er, die vorgeblich naturgesetzlichen Zwänge der Globalisierung zu durchbrechen.

In Nürnberg indes kommt es einstweilen schlicht darauf an, wer von beiden Konfliktparteien den längeren Atem hat. Malocher-Boss Dix prophezeit: Electrolux kriegt schnell Probleme. Ersatzteile würden nicht ausgeliefert, und die Lager für Waschmaschinen und Spüler seien in zwei, drei Wochen leer: "Dann können die nichts mehr verkaufen. Polen ist noch nicht lieferfähig". Das sei, sagt Dix, "unser Faustpfand". AEG-Sprecher Michael Eichel gibt mit demonstrativer Gelassenheit zurück: "Es hat bisher keine Lieferprobleme gegeben, und wir erwarten auch keine." Der Nervenkrieg, heißt das, hat begonnen.

Der Fall AEG

Der schwedische Multi Electrolux hat für die Schließung seines Nürnberger AEG-Werks Ende 2007 rund 240 Millionen Euro an Kosten eingeplant.

Die IG Metall will per Streik einen

Sozialtarifvertrag durchsetzen, der ein Vielfaches teurer würde, um so im Idealfall die Rücknahme des Schließungsbeschlusses zu erreichen.

Die Gewerkschaft fordert Abfindungen in Höhe dreier Monatsgehälter pro Jahr Betriebszugehörigkeit sowie einen Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen bei vollem Lohnausgleich bis 2010. Für über-53-Jährige verlangt sie die Weiterzahlung des Lohns bis zur Rente. Electrolux hat kein offizielles Angebot für den Tarifvertrag vorlegt. JW

Von Joachim Wille

Quelle:

Frankfurter Rundschau v. 21.01.2006, S.3, Ausgabe: S Stadt

AEG Rheinhausen

VON JOACHIM WILLE

Rheinhausen – die Neuauflage in Bayern? Das ist nicht weit hergeholt: Der Konflikt wegen der Schließung des AEG-Hausgeräte-Stammwerks in Nürnberg lässt tatsächlich Erinnerungen an den bitteren Kampf um das Krupp-Stahlwerk von 1987 wach werden. Er ist ebenso grundlegend.

Zwar hat der oberste Boss der AEGler, Electrolux-Chef Hans Straberg, inzwischen ein Angebot für einen Sozialplan-Vertrag angekündigt. Doch die Streikenden scheinen gewillt, ihren am 20. Januar begonnenen Ausstand noch wochenlang fortzusetzen. Wenn es sein muss, sogar über Monate. Der Antrieb dafür liegt weniger im ansonsten ohnmächtigen Zorn der 1750 Malocher oder in der wohlgefüllten Streikkasse der IG Metall. Es ist schlicht die Aussicht, in der ohnehin von De-Industrialisierung gebeutelten Region Nürnberg/Fürth – siehe Grundig, Adtranz, Siemens – keine neuen Jobs zu finden.

Der Kampf um Rheinhausen dauerte 160 Tage. Ähnlich wie damals ist die Solidaritätswelle groß, nun für die AEGler. Die traditionsreiche Produktionsstätte der „weißen Ware“ in der Frankenmetropole hat als Arbeitgeber zwar nicht die zentrale Funktion wie damals das Stahlwerk für die Ruhrgebietsstadt. Doch auch hier kämpfen Politiker, Pfarre, Verbände und, ein neues Phänomen, Globalisierungsgegner an der Seite der Arbeiter. Das jüngste Stoiber-Diktum bringt es auf den Punkt: Es ist nicht allein ein Kampf um die Höhe der Abfindung, es ist ein „gesellschaftlicher Streit“.

Es ist Globalisierung wie im Akkord. Noch 2003 hat das Nürnberger Werk mit 1,8 Millionen Geräten einen historischen Produktionsrekord aufgestellt, bereits Ende 2007 soll die Produktion komplett nach Polen (und Italien) verlagert sein. Also: bloße deutsche Industrie-Geschichte: Nicht anders als die AEG-Standorte Kassel und Herborn, die Electrolux bereits vor Jahren abgewickelt hat. Ein wenig böswillig könnte man sagen: Bereits als der schwedische Weiße-Ware-Multi die AEG-Hausgerätesparte 1994 aus den Trümmern des gleichnamigen Konzerns übernahm, war er mehr am Slogan „Aus Erfahrung gut“ interessiert als an den Men-

schen, die die Hardware dazu produzieren. Die beim Kunden bis zuletzt europaweit hoch angesehene Traditionsmarke („Lavamat, Favorit“) erweiterte die Gerätepalette der globalen Nummer eins der Branche in die obere Mittelklasse. Inzwischen weiß man: Eine Garantie der damaligen AEG-Retter, in Deutschland zu fertigen, war damit nicht verbunden.

Das Electrolux-Management stellt sich als Opfer der Globalisierung hin, ist aber gleichzeitig ein Treiber derselben. Zwar ist richtig: Die Verkaufspreise für Waschmaschinen, Trockner und Geschirrspüler sind seit 2000 eingebrochen – Folge von Konsumflaute, grassierender Schnäppchenmentalität sowie der Billigkonkurrenz aus der Türkei und Fernost. Doch die Electrolux-Bosse argumentieren zynisch, wenn sie nach der strategischen Entscheidung, in Polen Werke zu bauen, in denen dieselben Geräte wie in Nürnberg vom Band laufen können, nun Überkapazitäten beklagen, die quasi naturgesetzlich die Schließung in Nürnberg erzwingen. Nein:

Das Aus für das Stammwerk war besiegelt, als Electrolux 2004 die Hälfte seiner 27 Werke in „Hochlohnländern“ auf die Streichliste setzte. Das verzweifelte Angebot der Belegschaft, umsonst mehr zu arbeiten und Stellenstreichungen hinzunehmen: von vornherein aussichtslos.

Electrolux ist ein hoch profitabler Konzern. Niemand verlangt, dass er künftig statt gefragte Waschmaschinen herzustellen Belegschaften wie Heizer auf der E-Lok beschäftigt. Doch der Versuch, vornehmlich per Preiswettbewerb zu bestehen und nicht über technische Innovationen sowie dank Qualität und „aus Erfahrung gut“ gestimmter Kunden, dürfte schief gehen. Zumaldest in Deutschland, wo AEG noch einen Namen zu verlieren hat. In anderen Ländern hat Electrolux Werksschließungen zuletzt mit relativ wenig Gegenwehr durchziehen können. Die Streikenden in Nürnberg hingegen scheinen die Bosse bereits kräftig in die Bredouille zu bringen. Es drohen weitere Produktionsstopps, Ersatzteile fehlen, das Image der Marke gerät in Gefahr. Hoffnung, ihr Werk doch noch zu retten, haben die AEG-Werker kaum. Doch sie wollen die Schließung so teuer wie möglich machen. Rheinhausen lässt grüßen.

Frankfurter Rundschau v. 01.03.2006, S.9, Ausgabe: S Stadt / WIR Wirtschaft

Kein Grund zum Jubeln bei AEG Enttäuschung in der streikenden Belegschaft des Nürnberger Stammwerks / Vereinbarung für Service-Firmen

**Die Einigung auf einen Sozialtarifvertrag
für die Beschäftigten des AEG-Hausgerätekonzerns lässt bei der Belegschaft keine rechte Freude aufkommen.
Electrolux spricht von einer "sehr guten Lösung".**

Nürnberg . "Es herrscht kein Jubel, weil über 1700 Menschen ihre Arbeit verlieren, aber die finanziellen Regelungen sind gut angekommen." So fasst ein IG-Metall-Sprecher die Stimmung in der Belegschaft zusammen. Einige hundert AEGler versammelten sich am Dienstag, um über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen IG Metall und Electrolux informiert zu werden, die unter Vermittlung des ehemaligen bayerischen Wirtschaftsministers Otto Wiesheu (CSU) erzielt worden waren. "Ich muss mir das alles erst noch durch den Kopf gehen lassen", sagt eine 55-Jährige, die in den vergangenen Wochen oft als Streikposten Wache schob. Ja, der Streik habe sich gelohnt, betont sie. "Uns hätte es doch noch schlimmer treffen können." Glücklich sei sie aber nicht. "Das Wichtigste wäre doch gewesen, den Standort zu erhalten", meint sie. "Da sind wir eindeutig gescheitert." Auch ein Lagerarbeiter kritisiert das Ergebnis. "Der Abschluss ist nicht gut", sagt der 38-Jährige. "Das meiste Geld aus der Abfindung geht doch für die Steuer drauf." Viel zu wenig sei herausgekommen.

Paket kostet Electrolux Millionen

Er könne verstehen, dass nicht jeder dem Kompromiss zustimme, sagt Nürbergs IG-Metall-Vize Jürgen Wechsler. Er sei aber davon überzeugt, dass die IG Metall zur rechten Zeit auf eine Einigung gedrängt habe. Ob bei einem längeren Streik nicht doch "mehr drin" gewesen wäre, wisse er nicht.

Für Bayerns IG-Metall-Chef Werner Neugebauer hat die Belegschaft materiell "das beste Ergebnis aller Zeiten" erstreikt. Gekündigte erhalten als Abfindung 1,8 Monatsgehälter pro Jahr Betriebszugehörigkeit, was sich für langjährige Beschäftigte bis auf vier Jahresgehälter summiert, wie Neugebauer sagt. Darüber hinaus zahlt der AEG-Mutterkonzern Electrolux für AEGler von 53 beziehungsweise 55 Jahren an bis zum Erreichen des Rentenalters 79 beziehungsweise 85 Prozent des Lohns weiter und finanziert auf ein Jahr eine Beschäftigungsgesellschaft. Insgesamt koste dieses Paket Electrolux "weit über 150 Millionen Euro", sagt Neugebauer. Das ursprüngliche Angebot der Schweden hatte gut 100 Millionen Euro betragen. Electrolux betont, dass die schrittweise Schließung des AEG-Stammwerks bis Ende 2007 inklusive der Verlagerung aller Kapazitäten für Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner nach Polen und Italien wie ursprünglich geplant etwa 240 Millionen Euro kosten werde. "Ich denke, alle sind zufrieden, dass wir aus dieser Phase mit einer sehr, sehr guten Lösung herausgekommen sind", sagte Manager Horst Winkler. Den Imageschaden durch den Streik könne man erst nach Monaten beurteilen.

Für die ausgegliederten Service-Gesellschaften Logistik, Vertrieb, Ersatzteile und Kundendienst soll ein Haustarifvertrag auf Basis des Metalltarifs vereinbart werden, jedoch mit längerer Arbeitszeit von 37 beziehungsweise 38,5 Stunden (statt 35 Stunden). Für sie wird eine Beschäftigungs- und Standortgarantie bis Ende 2009 vereinbart. Eine Standortgarantie für das AEG-Herde-Werk in Rothenburg ob der Tauber wurde noch nicht geschlossen. Jedoch soll über eine Beschäftigungssicherung bis Ende 2009 verhandelt werden. tma/ap/dpa

Sparprogramm

Der Hausgerätekonzern mit Marken wie AEG, Juno und Zanussi fährt einen Sparkurs. Das Management will rund 13 Werke aus westlichen Hochlohnländern an Standorte in Osteuropa verlagern. Der Strategie fiel bereits ein Werk in Spanien zum Opfer. Im vergangenen Jahr setzte die Gruppe mit Sitz in Schweden mit rund 72 000 Beschäftigten 14 Milliarden Euro um und verdiente bereinigt um Verlagerungskosten operativ 750 Millionen Euro. tma

Quelle:

Frankfurter Rundschau v. 01.03.2006, S.9, Ausgabe: S Stadt

Frankfurter Rundschau v. 10.03.2006, S.10 / WIR Wirtschaft

"Es geht um Profitmaximierung" AEG-Betriebsratschef Harald Dix über die Schließung des Nürnberger Werks und Mittel gegen Jobverlagerung

Frankfurter Rundschau: Herr Dix, die AEG-Beschäftigten haben den Kampf um den Erhalt des Stammwerks in Nürnberg verloren. Hat sich der Streik trotzdem gelohnt?

Harald Dix: Wir haben unser Hauptziel nicht geschafft, die Jobs gehen unwiederbringlich verloren. Aber mit dem Sozialtarifvertrag haben wir das Beste herausgeholt, was noch drin war. So sieht es auch die große Mehrheit der Belegschaft.

Die Schließung wird für die AEG-Mutter Electrolux deutlich teurer als geplant. Trotzdem lohnt sich offenbar die Verlagerung nach Polen.

Electrolux hatte mit 240 Millionen Euro Kosten gerechnet, jetzt kostet die Schließung schätzungsweise das Doppelte. Das Aus für Nürnberg war bereits fest beschlossen. Die Schließung nicht durchzusetzen, hätte einen Gesichtsverlust für Konzernchef Hans Straberg bedeutet. Das hätte den Protest an anderen Standorten in Europa, deren Schließung geplant ist, erst richtig angefacht.

Der Konzern hat Ihnen vorgeworfen, nicht auf Angebote zur Standortsicherung eingegangen zu sein.

Die Belegschaft hat seit der Übernahme durch Electrolux 1994 ständig Abstriche gemacht. Die Mitarbeiter haben auf Millionen verzichtet, und wir haben 2005 sogar noch einmal die Halbierung der Belegschaft angeboten. Am Ende brachte alles nichts. Das Unternehmen AEG-Hausgeräte hatte zur besten Zeit in den 80er Jahren rund 12 000 Beschäftigte und wird nach 2007 noch rund 1500 haben. Heißt das: Eine rentable Hausgeräte-Fertigung ist in Deutschland nicht mehr möglich?

Das ist falsch. Auch am Standort Nürnberg ist immer mit schwarzen Zahlen produziert worden. Das hat uns die AEG-Geschäftsführung immer wieder bestätigt. Mit entsprechenden Investitionen hätten wir auch in den nächsten Jahren für Electrolux ordentlich Geld verdient.

Aber offenbar ist die Rendite doch nicht hoch genug.

Das ist der Punkt. Electrolux ist mit einer Rendite von fünf Prozent nicht zufrieden, sie soll zweistellig sein. Mit Hausgeräten zehn oder zwölf Prozent verdienen zu wollen, ist aber ein Traum, der sich in Deutschland nicht wahr machen lässt.

Hersteller wie Miele, Bosch-Siemens oder Bauknecht planen nicht diese massiven Verlagerungen. Was machen die besser? Vor allem Miele und Siemens haben erkannt, dass man in Deutschland hochpreisig verkaufen kann, indem man Top-Qualität und Produkt-Innovationen bringt. Die AEG-Geschäftsführung hat sich auf den Preiskampf eingelassen, der in der Branche angezettelt wurde. Billig produzieren soll das Überleben sichern, nicht die Innovation. Das rächt sich.

Ist der Produktionsstandort in Rothenburg denn dauerhaft gesichert?

Das ist sehr zweifelhaft. Electrolux hat eine Standortsicherung bis 2009 zugesagt. Doch im März 2007 läuft in einem Werk in Polen eine identische Fertigung an. Da bleiben genau zwei Jahre, um die Fabrik hochzufahren – dann droht das Aus für Rothenburg.

Die EU streitet ab, dass die neuen Electrolux-Werke in Polen mit Brüsseler Mitteln gefördert werden.

Das muss man genauer anschauen. Möglich, dass Brüssel keine direkten Zuschüsse gegeben hat. Allerdings ist zum Beispiel ein Werk in Niederschlesien in einer Sonderwirtschaftszone mit niedrigeren Steuersätzen und Infrastruktur-Hilfen gebaut worden. Es liegt doch nahe, dass die Gelder dafür aus den EU-Strukturfonds kommen.

Kann eine Belegschaft überhaupt etwas dagegen ausrichten, wenn ein Konzern in Billiglohnländer verlagern will?

Das ist extrem schwierig, wie unser Beispiel zeigt. Es braucht andere Schutzmechanismen. Zum Beispiel, dass Belegschaften in Unternehmen, die verlagern wollen, mehrere Jahre vor Kündigungen geschützt sind.

Das wäre ein extremer Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen.

Die Unternehmen greifen genauso extrem in die Lebensplanung ihrer Mitarbeiter ein. Konzerne wie Daimler-Chrysler oder VW stinken vor Geld, trotzdem bauen sie Zehntausende Jobs. Es geht hier um Profitmaximierung, sonst nichts.

Interview: Joachim Wille

Interview

Harald Dix ist Betriebsratsvorsitzender des Haushaltgerätewerks von AEG in Nürnberg. Er ist gelernter Werkzeugmacher und arbeitet seit rund 30 Jahren bei dem Traditionshersteller.

Das AEG-Stammwerk wird Ende 2007 geschlossen, die Produktion nach Polen und Italien verlagert. Nach sechseinhalb Wochen Streik einigten sich Konzernleitung und IG Metall diese Woche auf eine Sozialtarifvertrag für die 1750 Beschäftigten. Electrolux zahlt

Abfindungen von im Schnitt 90 000 Euro, finanziert eine Beschäftigungsgesellschaft und eine Vorruhestandsregelung.

Electrolux hatte die

Weiß-Ware-Sparte des AEG-Konzerns 1994 übernommen. jw